

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 28 vom 21.03.2018

Weiter Schießanlage in Brandenburg musste geschlossen werden**Björn Lakenmacher: Die Gesundheit der Polizeibeamten muss endlich Priorität haben**

Nach den Schließungen der polizeilichen Raumschießanlagen in Frankfurt/Oder und Eberswalde musste am Dienstag auch die Raumschießanlage in Liebenberg wegen gefährlicher Rückströmungen und technischer Probleme mit den Lüftungsanlagen gesperrt werden. Technisch nicht einwandfreie Raumschießanlagen können zu schweren Gesundheitsschäden bei den Nutzern führen. Bei mehreren Schießtrainern und SEK-Beamten wurden bereits erhöhte Schwermetallwerte im Körper festgestellt. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Björn Lakenmacher, forderte vom Innenminister, für die angekündigte Transparenz bei den Schießbahnproblemen zu sorgen. „Trotz seines Versprechens, das Parlament und die Öffentlichkeit vollständig über die gesundheitsgefährdenden Schießbahnen zu informieren, mauert Minister Schröter weiter und räumt nur ein, was sowieso nicht mehr geheim gehalten werden kann. In der letzten Sitzung des Innenausschusses versuchte er die bestehende Gefahr für Brandenburger Polizisten kleinzureden. Die notwendige Schließung der nächsten Schießanlage offenbart, dass der Innenminister nicht mehr Herr der Lage ist. Er schafft es nicht die Mißstände zu erkennen, geschweige denn sie zu beheben. Vielleicht hätte er anstelle der Gründung einer „Task Force“ lieber für die Besetzung der offenen Stelle des Koordinators der Raumschießanlagen sorgen sollen.“

Die Gesundheit der Polizeibeamten müsse höchste Priorität haben, so Lakenmacher. „Gesundheitsgefährdende Schießanlagen und Polizeibeamte, die mit Schwermetallvergiftungen zu kämpfen haben, sind ein trauriger Beleg dafür, dass die Landesregierung ihre Polizei nicht ausreichend schützt. Das muss sich umgehend ändern. Um das gesamte Ausmaß der Schießbahnprobleme auszuleuchten, haben wir der Landesregierung gestern einen Fragenkatalog übermittelt. Der Innenminister muss diese Fragen schonungslos offen und ehrlich beantworten und sollte nicht versuchen weiterhin Informationen vor der Öffentlichkeit zu verstecken.“

Anhang
Große Anfrage